SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Zentralasien im Umfeld des globalen Jihadismus

Halbach, Uwe

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Halbach, U. (2017). *Zentralasien im Umfeld des globalen Jihadismus.* (SWP-Aktuell, 48/2017). Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik -SWP- Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-53047-9

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

SWP-Aktuell

Stiftung
Wissenschaft und
Politik

Deutsches Institut
für Internationale
Politik und Sicherheit

Zentralasien im Umfeld des globalen Jihadismus

Uwe Halbach

Neuere Terroranschläge in Russland lenkten die Aufmerksamkeit im russischen Diskurs über islamistische Gewalt auf Täter aus Zentralasien. Bislang brachten die russischen Sicherheitsdienste Terror im eigenen Land vor allem mit Untergrundstrukturen im Nordkaukasus in Verbindung. Bei der Frage, inwieweit Zentralasien im Umfeld eines globalen Jihadismus steht, rücken zwei Arten von Ausreise aus dieser Region ins Blickfeld. Zum einen zieht es die meisten zentralasiatischen Arbeitsmigranten nach Russland. Dort wird inzwischen verstärkt vor islamistischer Rekrutierung in Migrantengemeinden gewarnt. Zum anderen sind Personen zentralasiatischer Herkunft an auswärtigen Jihad-Fronten wie in Irak und Syrien zu finden. Was Anschläge in der Region selbst betrifft, rangieren die fünf zentralasiatischen Staaten in der Statistik über globale Terroraktivitäten weit hinter anderen Regionen.

Es war ein junger Usbeke aus der Stadt Osch im Süden Kirgistans, der am 3. April 2017 einen Sprengstoffanschlag in der St. Petersburger Metro mit 15 Todesopfern verübte. Der Täter lebte seit 2011 in Russland und besaß dessen Staatsbürgerschaft. Bald darauf wurden weitere Personen zentralasiatischer Herkunft wegen angeblicher Vorbereitung von Terroranschlägen verhaftet. Immer häufiger wurden nun Migranten aus Zentralasien in russischen Medien und Aussagen sicherheitspolitischer Repräsentanten unter Terrorverdacht gestellt. Hatten Politiker und Medien Russlands die Flüchtlingskrise in der EU mit einer gewissen Genugtuung kommentiert, sah man sich nun selbst verstärkt mit Migrations- und Integrationsproblemen konfrontiert. Auch außerhalb Russlands lenkten Anschläge die Aufmerksamkeit auf Täter zentralasiatischer Herkunft: Vier Tage nach dem Attentat in St. Petersburg tötete in Stockholm ein Asylsuchender aus Usbekistan fünf Fußgänger mit einem Lastwagen. Das Massaker am Neujahrstag 2017 vor dem Nachtclub Reina in Istanbul mit 39 Todesopfern ging auf das Konto eines usbekischen Staatsbürgers. Unter den drei Personen, die des Bombenanschlags auf den Istanbuler Atatürk-Flughafen mit 45 Toten im Juni 2016 verdächtigt wurden, befanden sich ein Usbeke und ein Kirgise.

Dr. Uwe Halbach ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Osteuropa und Eurasien

Arbeitsmigration aus Zentralasien

Im Jahr 2016 begaben sich bis zu vier Millionen Migranten, vorwiegend aus dem GUS-Raum, auf Russlands Arbeitsmarkt. Davon kamen 66% aus Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan, zudem 9% aus der Ukraine, 7% aus Armenien und 6% aus Moldova. In den letzten drei Jahren, die von einer Wirtschaftsflaute geprägt waren, ging die Arbeitsmigration aus Zentralasien nach Russland zwar zurück. Doch nach wie vor ist dieser Migrationskorridor einer der größten im Weltmaßstab. Im Jahr 2016 war etwa ein Viertel der arbeitsfähigen Bevölkerung Kirgistans in Russland beschäftigt. Die zentralasiatischen Arbeitsmigranten, die sich besonders in den Metropolen Moskau und St. Petersburg konzentrieren, lebten schon zuvor in prekären Rechts- und Arbeitsverhältnissen und sahen sich wachsender Fremdenfeindlichkeit ausgesetzt. Nach den neuesten Terroranschlägen erklangen aus den Sicherheits- und Rechtsschutzorganen schrille Töne. Alexander Bortnikow, Leiter des russischen Antiterrorkomitees, bezeichnete zentralasiatische Gastarbeiter als »Rückgrat islamistischer Terrorgruppen«. Der kirgisische Präsident Almasbek Atambajew, der russischem Einfluss in Zentralasien eher wohlwollend gegenübersteht, warnte in seiner Ansprache zum 9. Mai, dem Gedenktag zum Sieg über die Faschisten, vor Hysterie und vermehrter Fremdenfeindlichkeit in Russland. Gewiss sollten zentralasiatische Gastarbeiter nicht pauschal verdächtigt werden. Aber auch westlichen Quellen, wie einer 2015 von der US-Entwicklungshilfeorganisation (USAID) in Auftrag gegebenen Studie, ist zu entnehmen, dass in der Diaspora in Russland mehr Zentralasiaten für den Jihad rekrutiert werden als in ihren Heimatländern.

Jihad-Migration nach Syrien und Irak

Die andere, wenn auch zahlenmäßig weit geringere Migration betrifft die Beteiligung von Ausländern an islamistischen Kampfformationen in Syrien und Irak. Auch wenn die Zahlenangaben dazu nicht verlässlich sind und oft weit voneinander abweichen, spricht einiges dafür, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil der Jihad-Migranten aus dem GUS-Raum stammt – aus Russland, dem Kaukasus und Zentralasien. In Syrien und Irak stehen sie auch untereinander im Konflikt um Territorium und Ressourcen und haben zum Teil eigene Brigaden aufgestellt. Manche davon verweisen auf Zentralasien, wie das überwiegend usbekische Bataillon Imam Buchari oder die 2014 von einem Uiguren und einem Kirgisen gegründete Miliz *Katibat al Tawhid wal Jihad*. Im Rekrutierungsapparat des »Islamischen Staats« (IS) hat sich eine Abteilung für Zentralasien namens Chorasan gebildet. Die Zahl der Auswanderer aus Zentralasien nach Syrien und Irak wird auf 2000 bis 4000 geschätzt. Damit ist diese Region nicht überrepräsentiert, aber doch präsent. Aus Tadschikistan wurde gemeldet, dass allein aus einem Dorf im Norden des Landes mehr als hundert Personen in den Reihen des IS in Syrien kämpfen. Dazu kommen zentralasiatische Arbeitsmigranten, die in Russland durch IS-Propaganda rekrutiert wurden. Insofern besteht eine Verbindung zwischen beiden Migrationsphänomenen.

Zentralasien: Keine Hochburg terroristischer Gewalt

Gleichwohl ist Zentralasien nicht als Brutstätte des Jihadismus hervorzuheben. In der internationalen Terrorismusstatistik rangiert es bei den Anschlägen innerhalb seiner eigenen Landesgrenzen weit hinter anderen Weltregionen, nicht nur hinter den südlichen Nachbarn Afghanistan und Pakistan, sondern auch hinter Russland und Ländern im EU-Raum. Nur 62 von 85 000 »incidents of terrorism«, die von 2001 bis 2015 weltweit erfasst wurden, entfielen auf die fünf zentralasiatischen Staaten. Zwei der 61 in den USA registrierten transnational agierenden islamistischen Terrororganisationen, die Islamische Bewegung Usbekistans (IBU) und die Islami-

sche Jihad Union (IJU), haben zwar einen zentralasiatischen Hintergrund. Doch davon haben sie sich in einem Prozess der Internationalisierung im Exil weitgehend abgesetzt. Die letzten größeren Terroranschläge in Usbekistan selbst, die der IBU zugeschrieben werden, datieren aus dem Jahr 2004. Einige neuere Attentate standen in Verbindung zu Jihad-Akteuren in Syrien: So ging ein Terrorakt in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek im Sommer 2016 angeblich auf das Konto von Katibat al Tawhid wal Jihad. Anschläge vom Juni 2016 in Aktobe in Westkasachstan wurden augenscheinlich von Personen verübt, die im Internet durch IS-Ideologie radikalisiert worden waren.

Regionalexperten diskutieren seit längerem darüber, wie ernst Warnungen der Macht- und Sicherheitseliten in Zentralasien vor islamistischer Bedrohung von innen und außen zu nehmen sind, etwa vor einem Überschwappen des Jihad aus Afghanistan und Pakistan. Liegt dem eine realistische Risikoanalyse zugrunde? Oder übertreiben die Regierungen bewusst aus innen- und außenpolitischem Kalkül, um von Stabilitätsproblemen wie Korruption und der eigenen Verantwortung dafür abzulenken? Im Januar 2017 beklagte eine Gruppe von Zentralasienexperten aus westlichen, aber auch russischen und zentralasiatischen Forschungsinstitutionen, die islamistische Radikalisierung in der Region werde zu einseitig dargestellt. In einschlägigen Berichten der International Crisis Group etwa, so die Forscher, werde nicht deutlich genug zwischen Wiederbelebung von Religion in nachsowjetischer Entwicklung und »Extremismus« unterschieden. Dieses Etikett diene den Regierungen dazu, Opposition, autonom auftretende religiöse Akteure und alles, was als »nichttraditioneller« Islam wahrgenommen werde, zu stigmatisieren.

Islamistische Dynamiken in der nachsowjetischen Entwicklung

Frei von Radikalisierung und Politisierung »religiöser Wiedergeburt« war das nachsowjetische Zentralasien allerdings nicht, auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung sich allenfalls einem »traditionellen Islam« statt islamistisch-salafistischen Kräften zuwandte. Die früheste Konfrontation zwischen der aus sowjetischer Zeit stammenden »postsowjetischen« Machtelite und religiösen Akteuren entwickelte sich 1991/92 zwischen dem usbekischen Republikführer Islam Karimow und der Bewegung Adolat (Gerechtigkeit). Junge lokale Geistliche im Fergana-Tal und religiösen Hochburgen wie Namangan und Andijan entfalteten politische Aktivität und präsentierten sich auf lokaler Ebene als nichtstaatliche Organisatoren von »Ordnung und Recht« und Anwälte »islamischer Gerechtigkeit«. Aus dieser Entwicklung ging das islamistische Netzwerk IBU hervor, das 1999 in Grenzregionen des Fergana-Tals militärisch operierte. Es wurde vom mächtigen usbekischen Polizei- und Militärapparat nach Afghanistan und Pakistan verdrängt. Im Umfeld der IBU bildete sich die IJU, mit der auch die islamistischen Terroristen der sogenannten Sauerland-Gruppe in Verbindung standen, die im September 2007 verhaftet wurden. Die zentralasiatischen Sicherheitskräfte machten Afghanistan und Pakistan als bedrohlichste auswärtige Quellen einer islamistischen Radikalisierung aus. Sie unterstellten den Taliban, über Afghanistan hinaus in die nördliche Nachbarregion ausgreifen zu wollen, und befürchteten eine Rückkehr der am Hindukusch verschanzten IBU nach Usbekistan. Weit konkreter und besser sichtbar als der »islamistische« war jedoch ein anderer Übertragungseffekt (spillover) aus dieser südlichen Nachbarschaft, nämlich der Drogenhandel. Spätestens 2015 trat mit den Kämpfen in Syrien und Irak eine andere externe Quelle für eine Ausstrahlung des Jihad auf Zentralasien in den Vordergrund. In dem Jahr schloss sich ein hoher tadschikischer Sicherheitsbeamter auf spektakuläre Weise dem IS an, die Terrormiliz griff nach Afghanistan aus, etliche Führerungsfiguren der IBU sagten sich von al-Qaida und Taliban los und schworen dem IS Treue. All dies spaltete

und schwächte die IBU. Die Parallele zum sogenannten Kaukasus-Emirat in dieser Hinsicht ist nicht zu übersehen.

Mit Hinweis auf die Bedrohung durch »islamistische Radikalisierung« verstärkten die zentralasiatischen Staaten ihre sicherheitspolitische Kooperation. So unterzeichneten sie schon 2011 in der turkmenischen Hauptstadt Aschgabat einen gemeinsamen »Aktionsplan gegen Radikalisierung und Terrorismus«. Nach Russlands Militäreinsatz in Syrien und der Kriegserklärung des IS an Moskau, aber auch angesichts der angespannten Sicherheitslage in Afghanistan regte die russische Regierung an, die gemeinsame Terrorbekämpfung im Rahmen eurasischer Regionalorganisationen zu intensivieren. Beim Gipfel der Shanghaier Organisation in Astana Mitte Juni 2017 warnte Präsident Putin, das IS-Kalifat könne sich auf Zentralasien und andere Teile des GUS-Raums ausweiten, nachdem es weite Teile seines Kerngebiets verloren habe.

In den zentralasiatischen Staaten selbst fällt der Aufruf zu koordinierter Terrorbekämpfung innen- und außenpolitisch zunehmend ins Gewicht. In Kasachstan, wo »islamistische Radikalisierung« lange Zeit kein Thema war, schlug Ende April 2017 Präsident Nasarbajew Alarm: Kasachstan habe sich in den vergangenen 25 Jahren daran gewöhnt, weitgehend frei von Gewaltereignissen zu sein. Man solle aber nicht erwarten, dass dies immer so bleibe. Es gebe genügend Grund, äußerst wachsam zu sein. Im Kampf gegen den »nichttraditionellen Islam« wird derzeit ein »Gesetz über religiöse Kleidung« ausgearbeitet. Zugleich wird die Meinungs- und Versammlungsfreiheit eingeschränkt, was vor allem zivilgesellschaftlichen und regierungskritischen Akteuren zu schaffen macht. In Tadschikistan startete 2017 eine Welle willkürlicher Hausdurchsuchungen durch Sicherheitskräfte, eine Jagd auf »unliebsame Personen«, die sich vornehmlich gegen junge Männer mit Bart und Frauen mit islamischer Kleidung richtet. Andere Signale kommen derzeit aus Usbekistan. Unter dem im September 2016 verstorbenen Präsidenten Islam Karimow hatte das Land die mit Abstand höchste Zahl von Strafgefangenen aufzuweisen, die wegen »religiösen Extremismus« einsaßen und in der Haft oft misshandelt wurden. Der neue Präsident Schawkat Mirsijojew setzt nun eher auf Erziehungs- und Bildungsmaßnahmen, um Radikalisierung vorzubeugen und wirbt für die Reintegration junger Frauen und Männer, die radikalisiert wurden.

Ausblick

Der Hinweis auf islamistische Radikalisierung richtete sich auch an die Politik westlicher und internationaler Akteure gegenüber Zentralasien. Die Europäische Union, die 2017 den zehnten Jahrestag ihrer Zentralasienstrategie begeht, und die Vereinten Nationen unterstützen die Aschgabat-Deklaration von 2011. Deren Unterzeichner bekennen sich zur koordinierten »Bekämpfung des Terrorismus in all seinen Manifestationen unter voller Berücksichtigung des internationalen Rechts, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit«. Die »Berücksichtigung« trifft in zentralasiatischen Staaten wie Turkmenistan allerdings auf große Hindernisse. Ihre Nachfrage nach Kooperation mit der OSZE verlagern zentralasiatische Regierungen immer mehr von Handlungsfeldern der »menschlichen Dimension« zur Bekämpfung neuer Sicherheitsrisiken. Dabei rücken sie »Extremismus und Terrorismus« an die vorderste Stelle. So unterstützte die OSZE Tadschikistan bei der Abfassung eines Strategiedokuments für »counter-radicalization« und »counterterrorism«. Doch gerade die dortige Regierung lieferte in den letzten zwei Jahren ein anschauliches Beispiel dafür, wie das Schlagwort »religiöser Extremismus« außen- und innenpolitisch instrumentalisiert und eine Religionspolitik praktiziert wird, die zwischen observanten Muslimen, regimekritischen religiösen Kräften und militanten Extremisten kaum differenziert.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2017
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt die Auffassung des Autors wieder

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364